

Plädoyer für eine neue Innovationspolitik

Von Werner Weidenfeld

Die Bundesrepublik Deutschland steht heute vor der dritten Phase großer gesellschaftspolitischer Innovationen. Die beiden bisherigen waren geprägt durch Umbrüche in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, im Selbstverständnis der Gesellschaft wie im Aufgabenzuschnitt und der Aufgabenwahrnehmung des Staates. Der Aufbau der „Wirtschaftsnation“ in den fünfziger und sechziger Jahren war eine nachhaltige und im europäischen Umland akzeptierte deutsche Entwicklung. Mit ihr passte sich das Land nach dem Krieg an das westlich geprägte Umfeld an und sie prägte das Image der Bundesrepublik über zwei Jahrzehnte; Tugenden wie Fleiß, Zuverlässigkeit, Präzision sekundierten den Prozess eines stetigen Aufschwungs in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Weitgehend kontinuierliche Wachstumsraten korrespondierten dabei auf breiter Basis mit einem zunehmenden allgemeinen Wohlstand. In bemerkenswerter Weise wurden Deutschland und Japan, die Kriegsgegner von einst, wirtschaftlich zu den Hauptkonkurrenten der USA – und politisch neben Großbritannien zu den wichtigsten Verbündeten. Gestützt auf den politischen Konsens der Parteien und Interessengruppen brachte die deutsche Industriegesellschaft auf der Grundlage robuster Generationen- und Gesellschaftsverträge loyale Ausgleichsmechanismen hervor, durch die die konfessionellen und sozialen Konflikte relativ harmonisch moderiert werden konnten.

Ende der sechziger, in den siebziger und achtziger Jahre erlebte die Bundesrepublik Deutschland dann Turbulenzen: innenpolitische Verkrustungen, bildungs- und sozialpolitische Asymmetrien, Studentenunruhen, Terrorismus, Ölkrisen, Rezessionen, Öko-Druck und NATO-Doppelbeschluss schüttelten das Land. Sie brachten gravierende politisch-kulturelle Verschiebungen, weltwirtschaftliche Brüche und bündnispolitische Irritationen zum Ausdruck und nötigten zum zweiten Mal zur umfassenden politischen Innovation. Westdeutschland behielt durch eine nachhaltige Westbindung im Rahmen der transatlantischen Gemeinschaft außenpolitische Berechenbarkeit; durch eine vernünftige Ostpolitik, durch Willy Brandts innenpolitische Innovation, „mehr Demokratie wagen“ und durch Helmut Schmidts Krisenmanagement konnte es viele Probleme lösen und sich in seiner zweiten Transformationsphase konsolidieren; diese Konsolidierung schuf Vertrauen – nach innen und nach außen. Es galt dann, das wieder vereinigte Deutschland über die in der Vergangenheit bewährten westdeutschen Konzepte an die neue Lage anzupassen, um das Land für die neunziger Jahre und das beginnende 21. Jahrhundert politisch handlungsfähig und wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu machen. Spätestens seit Mitte der neunziger Jahre hat sich jedoch gezeigt, dass viele dieser Konzepte an den Klippen veränderter Realitäten zu scheitern drohen. Mittlerweile ist den meisten im Lande klar, dass Deutschland politische Innovationen mit enormer gesellschaftlicher Ausstrahlungskraft braucht. Der demographische Wandel, der Angriff auf das Generationenverhältnis, die Veränderung des Normalarbeitsverhältnisses oder die Bildungsmisere stehen als Beispiele dafür. Mangels greifbarer Ergebnisse hat sich

mittlerweile eine Dunstglocke des Pessimismus und der Ratlosigkeit über Deutschland gelegt.

Der dramatische Verfall an Vertrauen in fast alle Institutionen, seien es Parteien oder Kirchen, Gewerkschaften oder Verbände ist eine Ursache dafür. Der in arbeitsteiligen Gesellschaften notwendige Vorschuss an Vertrauen kippt oftmals sogar in offenes Misstrauen um. Damit aber verliert die Politik an Handlungsfähigkeit. Durch die Erosion der Zustimmung wird alles zufälliger, augenblicksorientierter, labiler. Eine weitere Ursache ist die Ausklammerung der großen Strukturfragen. Die mächtigen Verschiebungen in der Altersschichtung und ihre finanziellen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Folgen sind seit vielen Jahren bekannt. Ähnliches gilt für die über lange Zeit tabuisierten Schlüsselfragen zur Reform des Bildungswesens. Die diversen Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben sich auf das Verschieben von Problemlösungen auf die nächste Generation gut verstanden. Vertrauensverlust, Handlungsschwäche und Problem-verdrängung führt zu dem, was bisher allgemein als Stillstand oder Blockade verstanden wurde. Der systematische Fehler aller Reformversuche ist offenkundig: In unserem Land, in dem jeder Zentimeter des Status Quo mit wehrhaften Interessenvertretungen besetzt ist, kann eine bloß moderierende Politik keine Korrektur vornehmen.

Dabei sind heute markante Richtungsentscheidungen angesagt. Den Hintergrund dafür bieten vor allem wirtschaftliche Globalität und eine dynamische Beschleunigung technologischer Innovationen. Von herausragender Bedeutung sind hier die Querschnittstechnologien der Informations-, Bio-

und Nanotechnologie, die zu Quantensprüngen in Technik und Wirtschaft führen.ⁱ Tempo und Komplexität des sozio-ökonomischen Wandels sind die Merkmale dieser Zeit. Sie werden mit gewaltiger Kraft durch die Beschleunigung der Innovationszyklen, eine Verdichtung jedweder Kommunikation und durch fortschreitende transnationale Vernetzungen angetrieben. Die Produktlebenszyklen – die Phase von der Produktidee über die Produktentwicklung und die serielle Fertigung bis zum Verschwinden des Produkts vom Markt – haben sich dabei etwa halbiert. In manchen Produkten der Zukunftsökonomien oder der IT-Industrie auf nur sechs Monate (Schumacher 2003; 2). Und die Antriebskraft dieser Ökonomien wächst.

Damit knüpft die Entwicklung an die Lage zu Beginn des 20. Jahrhunderts an, als Internationalisierung und technischer Fortschritt ein bis dahin unerreichbares Maß an Verflechtung und Wettbewerb mit sich brachten. Zum Beginn des 21. Jahrhunderts wiederholt sich dieser Prozess, allerdings in ungleich höherer Dichte und Geschwindigkeit. Wir leben so in einer Zeit rascher Veränderungen, die viele der bisher gewohnten Sphären und Lebenswelten der Industriegesellschaft in ein anderes Miteinander transformiert. In vielerlei Hinsicht berührt dies auch die Bereiche von Staat und Politik. Wir erleben einen Prozess, der die Industriegesellschaft im Kern erschüttert; sie wird durch eine Transnationale Technologiegesellschaft ersetzt (Weidenfeld/Turek 2002; 14 f.). Zu ihren wesentlichen Merkmalen gehören neue gesellschaftliche Asymmetrien, Störanfälligkeiten einer zunehmend vernetzten Gesellschaftswelt und eine enorme Beschleunigung des sozio-ökonomischen Wandels. Nicht nur die Welt der Wirtschaft,

sondern auch Staat und Politik erleben so im Zeitraffer, wie Zukunft entsteht.

Die dramatische Entgrenzung der Gesellschaft in räumlicher und zeitlicher Hinsicht bewirkt eine enorme Zunahme gesellschaftlicher Interaktionen.ⁱⁱ Die Folge ist ein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität, die jeder Einzelne und die Gesellschaft insgesamt aufzubringen haben.ⁱⁱⁱ Der Effekt lässt sich an einigen Zahlen illustrieren:

Entgrenzung der Gesellschaft: Die Entgrenzung wird materiell besonders deutlich durch die globale Vernetzung. So löst die Veränderung der Arbeitswelten zum Beispiel das Normalarbeitsverhältnis auf. 1998 galt dieses Verhältnis – lebenslang, ununterbrochen, sozial abgesichert – in Deutschland nur noch für ca. 55 Prozent, im Gegensatz zu 80 Prozent im Jahr 1980. Die ‚normale‘ Erwerbsarbeit wird immer mehr durch befristete Projektarbeit ersetzt, die internationalen und interkulturellen Bezüge steigen. Neue Arbeitsmilieus, in denen „High-Skill-Worker“ und „Neue Wissens-Wanderarbeiter“ den Ton mitbestimmen, entstehen. Eine Studie von Hewlett Packard kam etwa zu dem Schluss, dass gegenwärtig in den USA und Europa fast 60 Millionen „elektronische Nomaden“ ihren Lebensunterhalt im ständigen Unterwegs verdienen (Freyermuth 2002; 204). Das heißt, dass viele Menschen nicht mehr den physischen Kontakt mit ihren Kunden und Kollegen pflegen, sondern ihr Geld in „Telesphären“ verdienen, im interaktiven Datenaustausch mit Partnern, die sie selten oder nie gesehen haben und vielleicht nie treffen werden. Beispiel Off-Shoring: Während Warenproduktion und Dienstleistungen früher stärker an lokale Standorte gebunden waren, lagern viele Unternehmen

immer mehr Jobs aus. Der Exodus von zum Beispiel US-Dienstleistungsjobs im Bereich der der Informationstechnologien (IT) ins Ausland soll nach Schätzungen der Consulting-Firma Forrester Research bis 2015 auf 3,3 Millionen Stellen ansteigen – Gesamtwert der Gehälter: 136 Milliarden US-Dollar. Markant dabei ist: Die fortschreitende Globalisierung lehrt mittlerweile eine Gruppe von Arbeitskräften das Fürchten, die bisher als unangreifbar galt – die hoch qualifizierten Wissensarbeiter. Viele Konzerne wollen zunehmend große Teile solcher Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlagern.. Dies betrifft in den USA in den nächsten 15 Jahren neben dem IT-Bereich auch 348.000 Arbeitsplätze in der Verwaltung, 288.000 im Management und 184.000 in der Architektur. “Alarmierend ist, dass nicht mehr nur lohnintensive Fertigung ins Ausland verlagert wird, sondern dass jetzt auch Verwaltung, Forschung und Entwicklung und sogar der Sitz der Unternehmensführung infrage gestellt werden“ (Wansleben, 2003). Beispiel Biotechnologie: Neben die materielle Entgrenzung durch weltweite Kommunikation und Mobilität verspricht die Bio- und Gentechnologie eine qualitative Entgrenzung des menschlichen Seins. Die Biowissenschaften wandeln die Substanz gesellschaftlichen Zusammenlebens. Menschen definieren die eigene Spezies und fordern damit Mythen der Schöpfung, Paradigmen von Philosophie und Religion heraus. Die Veränderungskraft der Biotechnologie entspricht dem Einfluss der Physik zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Doch während Relativitätstheorie und Quantenmechanik höchstens durch metaphorische Übertragung das menschliche Selbstbild beeinträchtigten, verändert die neue Biologie den Menschen selbst. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zwingen uns deshalb dazu, das Verständnis von Natur- und Menschenwelt

sowie von den Organisationsformen von Politik und Biologie radikal zu überdenken (Schirrmacher, 2000).

Erhöhung der Komplexität und Geschwindigkeit von Interaktionen: Hochmoderne Informations-, Kommunikations- und Verkehrstechnologien führen zum explosionsartigen Anschwellen von Waren-, Dienstleistungs-, Informations- und Personenströmen. Im Ergebnis erhöht und beschleunigt dies jede Form gesellschaftlicher Interaktion. Beispiel Verkehr: Die von Pferden gezogenen Droschken bewegten sich vor 100 Jahren mit zehn Meilen die Stunde vorwärts und bewegten so Menschen, Güter und Informationen in Zeitlupe; eine Droschke brauchte demnach bei einer täglichen Reisezeit von acht Stunden etwa neun Tage, um die Entfernung zwischen Hamburg und München zu überbrücken. Der Transrapid würde ca 3,5 Stunden benötigen. Der Flug heute erfordert rund 70 Minuten. Beispiel Kommunikation: Noch Ende der achtziger Jahre wurden Manuskripte in der Regel mit der elektrischen Schreibmaschine erstellt, auf der dann ein einziger Text in seiner Genese von der Idee bis zum Druck bis zu zehn Mal neu geschrieben werden musste. Solche Geräte, die keine Speicherfunktion hatten und die natürlich nicht mit anderen vernetzt waren, stehen heute als „Industriedenkmäler“ im Schrank. Hoch leistungsfähige und vernetzte PC's, Laptops, Scanner, CD-Brenner, Internet und Intranet – nur etwa fünfzehn Jahre später, eine blanke Selbstverständlichkeit. Damit erreichen heute Tausende von emails von einem einzigen Rechner aus ihre Empfänger auf der ganzen Welt in Sekunden. Die Zahl der Internet-Nutzer, 2002 bereits ca. eine Milliarde Menschen weltweit, kann bis 2010 leicht auf etwa vier Milliarden ansteigen.^{iv} Was hierbei zählt: Während die

Innovationen von Radio und Fernsehen Jahrzehnte beanspruchte, setzte sich das Internet in nur wenigen Jahren durch.

Insgesamt erleben wir eine enorme Zunahme der internationalen Wirtschaftsverflechtung und das rapide Zusammenwachsen von Märkten für Güter und Dienstleistungen über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus. Internationale Kapitalströme und die Diffusion neuer Technologien spielen hierbei eine herausragende Rolle. So haben etwa die Informationstechnologien und Telekommunikationstechnologien die Globalisierung erst ermöglicht; gleichzeitig treibt die Globalisierung weitere Innovationen bei diesen Querschnittstechnologien an. Wir erleben so einerseits eine Intensivierung des Wettbewerbs durch Vergrößerung der Märkte bis hin zum Entstehen globaler Marktplätze, auf die andererseits jedermann zu nahezu jeder Zeit einen direkten Zugriff haben kann. Entgrenzung und gleichzeitige größere Nähe sind so die zwei Seiten moderner Globalität. Die Kräfte der Globalisierung und neuer Technologien entfalten sich dabei im Spannungsfeld des Wettbewerbs. Wettbewerb führt zu immer neuen, besseren, schnelleren Innovationen. Der Wettbewerb auf dem Globus ist das Gaspedal für die Dynamik des ökonomischen und technologischen Wandels. Er treibt im Rahmen einer galoppierenden Arbeitsteilung im Weltmaßstab zur Spitzenleistung. Nur der, der im Wettbewerb mit den Spitzenleistungen anderer reüssiert, besteht.- wenn nicht, finden Angebot und Nachfrage eben einen anderen Ort.

Dies führt uns schließlich zum Dilemma der Politik in der transnationalen Gesellschaft. Entgrenzung und

Beschleunigung fordern die staatliche Leistungsfähigkeit auf eine neue Weise heraus, denn die territoriale Einheit von Staat und Ökonomie zerfällt.^v Das heißt: die wirtschaftliche Globalisierung führt unter der polarisierenden Fragestellung „Markt oder Staat?“ unweigerlich zum politischen System- und Standortwettbewerb.^{vi} Das Problem dabei: Die politischen und staatlich-institutionellen Lösungsstrukturen stimmen hier oftmals nicht mehr mit den aus dem Wettbewerb entstandenen sozio-ökonomischen Problemstrukturen überein. Die Politik gerät dadurch immer stärker unter Druck; denn sie wird mit Strukturen und Prozessen konfrontiert, auf die sie zunehmend anders reagieren muss. Der demokratisch verfasste, auf Gewaltenteilung und territorialer Integrität beruhende sowie sozial orientierte National- und Wohlfahrtsstaat war das Erfolgsmodell des 20. Jahrhunderts. Für die entgrenzte und beschleunigte Welt ist er jedoch häufig eine zu kleine oder zu große Bezugsebene. Seine Rolle ändert sich: auch er wird gnadenlos vom Wettbewerb erfasst.

Hinzu kommen Merkmale sozialer Entsolidarisierung. Viele Menschen wenden sich frustriert von der Idee der eigenen Verpflichtung in der sozialen Marktwirtschaft ab. Ein Beleg dafür ist der Anteil der Schattenwirtschaft. In Deutschland stieg sie von ca. sechs Prozent des offiziellen Bruttoinlandprodukts 1975 auf ca. 16 Prozent im Jahr 2001 an. 2002 verzeichneten die Statistiker dann einen weiteren Anstieg um 0,5 Prozentpunkte auf ca. 16,5 Prozent. Dies entsprach einem Umsatz von rund 350 Milliarden Euro, der alleine in der Schattenwirtschaft umgesetzt worden ist – vorbei an den Finanzämtern, den Renten- und Gesundheitskassen, vorbei an der Arbeitslosenversicherung. Damit schwinden in Deutschland politische

Handlungsspielräume – und sie werden durch die wachsende Verschuldung zusätzlich verengt. Der deutsche Staat hat sich von 1950 bis 2002 mit etwa 1,3 Billionen Euro verschuldet; der Schuldenzuwachs beträgt pro Sekunde annähernd zwei Euro und alleine der Bund musste seine Nettokreditaufnahme 2002 um 13,5 Milliarden Euro auf ungeplante 34,6 Milliarden Euro ausweiten. Schon im Jahr 2000 musste der Bund von seinem Staatshaushalt in Höhe von ca. 240 Milliarden Euro allein ca. 40 Milliarden Euro für Zinsleistungen aufbringen (Turek 2003; 83).

Aus all dem resultiert eine grundsätzliche Fragestellung: Steht die liberale und marktwirtschaftliche Demokratie mit der Transformation zur Transnationalen Technologiegesellschaft an einem Wendepunkt?^{vii} Nach der scheinbar triumphalen Stunde ihres größten Erfolges am Ende des Ost-West-Konflikts flackerten gleichzeitig und zunächst unbemerkt Flammen ihrer Gefährdung auf.^{viii} Damals schien der Wettlauf der Systeme entschieden, die Feinde der Demokratie waren besiegt. Damit begann jedoch ein guter Teil jenes Kitts zu zerbröseln, der die liberale Demokratie zusammen hielt. Triumph und Malaise der Demokratie bildeten zwei Seiten der gleichen Medaille. Neuer Begründungsdruck entstand. Der Umweg der Abgrenzung zur ‚potenziellen‘ aber unzureichenden Alternative ist seit damals verstellt. Die demokratische Ordnung muss heute ihre Substanz und ihre Entscheidungen ausschließlich aus sich selbst heraus positiv und ohne ‚Gegenbilder‘ permanent und legitim begründen. Die positive Definition von Identität zählt zu den theoretisch und praktisch schwierigsten Unterfangen. Demokratie kann auch konkurrenzlos scheitern. Es wundert nicht, dass elementare Grundsatzfragen hochgespült werden. Was leistet

die Demokratie? Wie ist der demokratischen Ordnung überhaupt noch ein leistungsfähiges Zukunftsprofil zu geben? Ist die Demokratie prinzipiell in der Lage, künftige Herausforderungen anzunehmen? Dies sind elementare Anfragen, die nicht ad hoc und auch nicht jetzt oder morgen zu beantworten sind. Klar aber ist: Die Zukunft der Demokratie verlangt neue Orientierungsleistungen. In der Idee der Volkssouveränität ist die individuelle Freiheit der einzelnen Person und die kollektive Freiheit aller Bürger verbunden. Die Verbindung realisiert sich in den Repräsentationsorganen des Staates, der ein System friedlicher Konfliktregelung organisiert. Diese klassische Begründung der Demokratie ist heute unzureichend, nachdem die Bindewirkung aus der Bedrohung der ‚gefährlichen‘ antagonistischen ‚Gegenentwürfe‘ des Sozialismus oder gar Kommunismus geschwunden ist.^{ix}

Damit werden politische Innovationen als Kompensation von wirtschaftlichen und technologischen Innovationen zur Zukunftsaufgabe par excellence. Die Fähigkeit, auf veränderte technische, soziale und kulturelle Herausforderungen angemessen und rechtzeitig zu reagieren, wird zu einer zentralen Frage „der politischen und wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit (Burmeister/Neef 2003; 3)“. Der Unterschied zwischen der derzeitigen Lage und früheren Veränderungen ist, dass sowohl die Bundesrepublik als auch andere Länder nicht die punktuelle Intervention, sondern ein tragfähiges, in sich schlüssiges und von den Bürgern akzeptiertes Gesamtkonzept für ihre Zukunft brauchen. Hierbei sind eine kulturell positive Haltung gegenüber wirtschaftlichen Innovationen und eine aktive Bürgerkultur die Schlüssel für die Zukunft. Denn eines ist heute klar: Nur

auf die Politik passiv zu reagieren oder sich ihr gar ganz zu entziehen, ist für eine demokratische Gesellschaft ein Armutszeugnis. Die Menschen müssen erkennen, dass sie sich für ihre Zukunft selbst stärker engagieren müssen. Dies setzt eine andere Mentalität und eine aktive Beteiligung bei politischen Entscheidungen voraus. Die große bürgerliche Mitte der Gesellschaft kann dabei jene Instrumente der Artikulation nutzen, die früher eher an den Rändern für die Belange des Umweltschutzes erfolgreich eingesetzt worden sind. Das Verschwinden der Prägung traditioneller Politik öffnet Räume für eine neue Art partizipativen Bürgersinns und aktiven Bürgerengagements. Hier geht es nicht um Widerstand alter Prägung: es geht darum, eine neue Verbindung zwischen Politik und Menschen zu realisieren. Innovation muss dabei mehr sein als ein ideologisch besetzter Kampfbegriff oder ein seelenloses politisches Programm. Innovation muss zur geistigen Orientierung werden und darf nicht Furcht oder Lähmung auslösen. Viele neuere Studien zeigen hierbei auf: Deutschland ist führend bei den Ängsten seiner Einwohner. Das müssen wir durchbrechen. Wir brauchen eine positive Lebensphilosophie, etwas Neues zu wagen und zu schaffen.

Um bei dem Plädoyer für eine aktive Bürgerkultur und einen Mentalitätswechsel der Menschen aber keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Der Staat bleibt wichtig, auch wenn er Machtverluste hinzunehmen und durch alternative Politikstile zu kompensieren hat. Aus normativ-rechtlicher Perspektive hat der Staat nach wie vor die Aufgabe, die Freiheit seiner Bürger zu gewährleisten. Dies umfasst die Garantie einer stabilen Rechtsordnung, die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und die

Aufrechterhaltung einer funktionierenden Wirtschaft und Infrastruktur. Dies umfasst aber auch bis zu einem gewissen Grad den Ausgleich sozialer Ungleichheiten, die der Markt produziert. Ansonsten würde einem Teil der Menschen die soziale Voraussetzung ihrer rechtlichen Freiheit fehlen. Marktwirtschaft ist nur sozial, wenn dem reinen Marktprinzip durch das Recht Grenzen gesetzt werden. Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheit auf dem Markt zu regulieren, damit sich nicht einfach nur die Macht des Stärkeren durchsetzt. Die Grenzfestlegungen dürfen nicht dem Wechselspiel von Wirtschaft und Gesellschaft überlassen werden, sondern sie müssen in staatlicher Verantwortung und repräsentativem politischen Handeln wahrgenommen werden. Denn nur der Staat kann nach vorangegangener Debatte als einzige legitime Rechtsetzungs- und Vollzugsmacht die Begrenzungen mittels des Rechts im Widerstreit der Interessen durchsetzen und gewährleisten. Aus dieser Perspektive scheint es äußerst fragwürdig, die zentrale Funktion des Staates, die alleine durch die Kommunikation gesellschaftlicher Akteure und durch soziale Vernetzung ersetzen zu wollen. Das Recht setzt Grenzen um der Freiheit willen, denn zur Staatlichkeit gehört eine ungeteilte Gemeinwohlverantwortung.

Vor diesem Hintergrund und im Kontext der bestehenden Probleme erhalten staatliche Innovationen ihre Begründung. Hier geht es zunächst um ein Versprechen. Das Versprechen einer politischen Innovationskultur lautet: Wir haben die Veränderungsprozesse der Entgrenzung, Komplexität und Beschleunigung identifiziert, wir sehen den Handlungsbedarf und wir nutzen erkennbare Optionen.

Konkret muss es dabei:

- nach sinnvollen sozialpolitischen Strukturveränderungen im Hinblick auf die Globalisierung und technologische Innovationen fragen;
- die Themen Bildung und soziale Sicherheit in das Zentrum der Aufmerksamkeit stellen;
- und strukturelle Konsequenzen aus den vorherrschenden verunsicherten politisch-kulturellen Grundstimmungen ziehen.

Besonders Bildung und Erziehung gewinnen dabei ein besonders starkes Gewicht. Sie sind die Basis, auf der individuelle und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit gedeiht. Hier geht es darum, nicht nur alle Bildungskapazitäten voll zu erschließen, sondern auch, die Bildungssysteme auf die neue Lage auszurichten. Die entgrenzte Welt erfordert eine fundamentale Neujustierung, die den weltweiten Wettbewerb des Wissens konzeptionell zur Kenntnis nimmt. Der Gedanke zur Bildung von Eliten darf hierbei nicht wie bisher und allzu oft zum Tabu geraten. Und Elitenbildung und solide Grundausbildung müssen sich ergänzen. Das frühkindliche Lernen von Fremdsprachen in Vor- und Grundschulen und die frühzeitige Talentförderung können dies gewährleisten ebenso wie die Entwicklung von facettenreichen Elite-Komponenten in allen Bildungsgängen. Das Konzept der selbstständigen Schule, das neuartige Komponenten wie Selbstlernen oder fächerübergreifenden Unterricht umfasst, zählt zu den attraktiven Innovationen die Vernetzung konstruktiv integrieren. In Deutschland sind in Modellprojekten der Bertelsmann Stiftung und des Schulministeriums von Nordrhein-Westfalen bereits wertvolle Erfahrungen gesammelt worden. Fortbildungen zu einer systematischen,

teamorientierten und die ganze Schule erfassenden Unterrichtsentwicklung sind in weiteren Lehrerkollegien angelaufen. Einige Schulen erweitern ihre Schulkonferenzen durch Kooperationspartner aus Wirtschaft und Handwerk. So werden die Schulen mit externen Partnern eng verknüpft.

Besonders stark tangiert dies auch die deutschen Universitäten, die neben der notwendigen Vernetzung mit der Wirtschaft im Sinne eines echten lebenslangen Lernens auf eine Top-Lehre, eine Top-Forschung und auch eine Weiterbildung ihres Personals dringender denn je angewiesen sind. Hierbei sind auch virtuelle Angebote oder innovative Lernkonzepte zu integrieren.^x Spitzenleistungen in Forschung und Lehre erfordern heute echten Wettbewerb. Es ist zweifelhaft, ob nur eine Eliteuniversität in Deutschland dies erfüllen kann. Es ist vielmehr zu überlegen, finanzielle Mittel über Leistungskriterien an Spitzenfakultäten und Spitzeninstitute im ganzen Lande zu verteilen und so das deutsche Universitätssystem insgesamt zu vitalisieren. Hier gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen. Dies ruft nach leistungsorientierter Vergütungen der Hochschullehrer, dem universitären Recht zur Auswahl der Studenten und einem verbesserten Verhältnis von Professoren und Studierenden, was auch endlich den „brain-drain“ der besten Köpfe ins Ausland lindern kann. Mit einem durchschnittlichen Verhältnis von einem Hochschullehrer zu etwa 90 Studenten hinkt Deutschland gegenüber den amerikanischen Universitäten mit einem durchschnittlichen Verhältnis von etwa eins zu zwanzig deutlich hinterher. Und dies erfordert eine Studiengebühr, die entweder zeitlich gestaffelt und somit sozial verträglich werden könnte oder durch zahlreiche

Fördermöglichkeiten und Stipendien für sozial schlechter Gestellte nach amerikanischem Vorbild zu flankieren ist.

Darüber hinaus gilt es auch, nicht nur für eine Senkung der Beschäftigungsschwelle, flexiblere Arbeitsmöglichkeiten und kurzfristig wirkende Wachstumsimpulse zu sorgen^{xi}, sondern darum, das Verhältnis von demographischem Wandel, Alter und Beschäftigung neu zu überdenken. Insbesondere der demographische Wandel wird als Hemmschuh politischer Innovationen deklariert. Eines ist klar: Die deutsche Gesellschaft schrumpft und altert zugleich. Damit werden automatisch aber Leistungsschwächen einer angeblich vergreisenden Gesellschaft impliziert. Doch der Sachverhalt ist anders: Eine älter gewordene deutsche Gesellschaft steht im weltweiten Wettbewerb mit vielen dynamisch wachsenden jungen Gesellschaften. Dem müssen wir uns prinzipiell und selbstbewusst stellen. Dies heißt in einer entgrenzten Zeit, Erfahrung mit einer dynamischen Zukunftszuversicht zu verbinden. Das Lebensalter hat über die Arbeitskraft nur so lange entschieden, wie der Arbeitsplatz durch physischen Aufwand im wesentlichen bestimmt war. Im „High-Tech-Zeitalter“ löst sich die Verbindung von Alter und Einsatzfähigkeit immer mehr auf. Insofern verliert das Argument der körperlicher Konstitution und ihrer Unvereinbarkeit mit längerer Arbeitszeit viel von seinem Gewicht.

Eine Gesellschaft dynamischer Reife hat die beste Ausgangsposition im globalen Wettbewerb. Wenn dies begriffen wird, so lässt sich die sich abzeichnende Misere auf dem Arbeitsmarkt für Fach- und Führungskräfte durch eine neue Wertschätzung und Förderung älterer Arbeitnehmer

vermeiden. Von 100 Einwohnern im Alter von 55 bis 64 Jahren sind in Deutschland nur noch 37 erwerbstätig. Das Land leistet sich den Luxus, einen großen Teil des Arbeitspotenzials älterer Arbeitnehmer ungenutzt zu lassen. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis einer Politik, die in den letzten beiden Jahrzehnten darauf zielte, Arbeitsmarktprobleme sozialverträglich durch Frühverrentung oder Altersteilzeit abzufedern. Mit Blick auf den demographischen Wandel und die Kosten der sozialen Versicherungssysteme erweist sich dies als immer kostspieligerer Trugschluss. Wenn die sozialen Systeme nicht kollabieren und die Chancen für ein höheres Wirtschaftswachstum nicht vertan werden sollen, ist Umdenken von Nöten. Der Alterungsprozess der Belegschaften wird sich akzentuieren. Während heute noch die 35 – 44jährigen die am stärksten besetzte Altersgruppen am Arbeitsmarkt stellen, werden es in etwa zehn Jahren die 45 – 55jährigen sein. Gleichzeitig wird es schwerer werden, Jüngere für offene Stellen zu finden, da die Jahrgänge der Nachrückenden schwächer besetzt sind. Arbeitsmigration alleine wird das Problem nicht lösen..^{xii}

Schließlich ist es durchaus denkbar, den Sozialstaat radikaler zu verschlanken. Eine Halbierung der Sozialabgaben ist dabei keine Utopie. Eine Senkung der Grenzbelastung von Arbeitseinkommen um fast 20 Prozent ist etwa nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung möglich. Erreicht werden könnte damit eine Initialzündung für mehr Wachstum und Beschäftigung durch eine grundsätzliche, ordnungspolitisch fundierte Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme. Dies entspricht der Rückbesinnung auf

deren eigentliche Funktion, eine langfristig finanzielle Stabilisierung der Systeme und deren verteilungspolitisch ausgewogene Neujustierung herzustellen. Dazu liegt ein komplettes Konzept mit konkreten Einzelvorschlägen auf dem Tisch. Hierzu gehört etwa das Festhalten an der Umlagefinanzierung in der Rentenversicherung, wo allerdings der Beitragssatz eingefroren werden und das Leistungsniveau streng beitragsäquivalent sein soll. Weitere ineinander verzahnte Schritte sind hier nötig. So könnte der Sockelbetrag der Sozialhilfe halbiert, gleichzeitig aber Hinzuverdienst bis zu einer Höhe von 300 Euro nicht und bis zu 600 Euro nur zur Hälfte auf die Sozialhilfe angerechnet oder die Pflegeversicherung in die Krankenversicherung integriert werden, um den Krankenversicherungen größere Anreize zur Gesundheitsprävention zu bieten, . Das Gesamtpaket mit allen Maßnahmen in der Gesundheits-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung könnte nach Berechnungen der Stiftungen Beschäftigung und Bruttoinlandsprodukt um jeweils ca. 5 Prozent ansteigen lassen..^{xiii} Dies zeigt, dass sozialpolitische Innovationen nicht unbedingt zu Nullsummenspielen verkommen müssen, sondern dass auch hier win-win-Strategien durchaus möglich sind.

Mit Innovationsschritten dieser Art kann die Politik in Zukunft strategische Führungsqualitäten beweisen und dem Wunsch nach wertgebender und zielorientierter Führung entsprechen. Sie sind die angemessene Antwort auf Globalisierung, technologische Innovationen und eine wachsende Mobilität. Darüber hinaus müssen die Bürger ihre eigenen öffentlichen Anliegen stärker selbst in die Hand nehmen. Sie müssen ihre Absichten so kraftvoll artikulieren, dass die Politik ihren ernsthaften Willen zur Veränderung

erkennt und die Notwendigkeit ihrer Integration entdeckt. Nur unter solchem Druck wird sich die Politik korrigieren. Statt immer nur wirkungslose Appelle an die Politik zu richten, die Blockade zu überwinden, muss auch der eigentliche Souverän die Dinge selbst mit in die Hand nehmen.

-
- i) Bereits relativ früh in breiter Form beschrieben von Kaku, Michio (1998): *Visions*, New York und Castells, Manuel (1996/ 1997/ 1998): *The Information Age. Economy, Society and Culture* (Vol. 1 – 3), Malden.
 - ii) Vgl. weiterführend Glotz, Peter (2000): *Turbokapitalismus*, Frankfurt/ M.
 - iii) Vgl. weiterführend Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch*, Berlin.
 - iv) Hierbei ist zu beachten, dass gegenwärtig die meisten Internetanschlüsse in der industrialisierten OECD-Welt zu verzeichnen sind. In dieser Welt liegen rund 90 Prozent der Anschlüsse, die aber nur rund 19 Prozent der Weltbevölkerung repräsentiert. Die ‚lineare‘ Hochrechnung ist deshalb relativ. China schließt sich hier allerdings in bemerkenswerter Weise an.
 - v) Vgl. grundlegend dazu Beck, Ulrich (Hg.) (1998): *Politik der Globalisierung. Edition zweite Moderne*, Frankfurt/M.
 - vi) Vgl. weiterführend Yergin, Daniel/Joseph Stanislaw (1998): *Staat oder Markt? Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts*, Frankfurt/M/ New York. Vgl. auch Turek, Jürgen: *Standort Europa*, in: Weidenfeld, Werner (Hg.) (i.E.), *Europa-Handbuch*, 3. überarb. Aufl. Gütersloh.
 - vii) Vgl. weiterführend Weidenfeld, Werner/ Jürgen Turek (2002): *Wie Zukunft entsteht. Größere Risiken, weniger Sicherheit, neue Chancen*, München.
 - viii) Vgl. weiterführend Weidenfeld, Werner (Hg.) (1996): *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*, Berlin.
 - ix) Vgl. vertiefend Dahrendorf, Ralf (2002): *Die Krise der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito*, München.
 - x) Das Centrum für angewandte Politikforschung der LMU (C•A•P) führt etwa gemeinsam mit dem Georgia University System in Atlanta/ USA seit Jahren regelmäßig rein virtuelle Seminare zur europäischen Integration gleichzeitig mit amerikanischen und deutschen Studenten durch.
 - xi) Hier ist die Bilanz etwa bezüglich der Ich-AG und des Überbrückungsgeldes durchaus positiv. Vgl. dazu etwa: Grundig, Beate/Philip Lenecke (2003): *Überbrückungsgeld und Ich-AG - Gesetzliche Grundlagen und Inanspruchnahme*, in: ifo Dresden.
 - xii) Vgl. weiterführend Bertelsmann Stiftung/ Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (2003): *Ältere Arbeitnehmer - ein Asset für die Wirtschaft. Empfehlungen für Politik, Tarifpartner und Unternehmen*, Gütersloh.
 - xiii) Vgl. weiterführend www.bertelsmann-stiftung.de/de/1013_2905.jsp.

Literatur

Burmeister, Klaus/Andreas Neef (2003): *Innovate – don't imitate. Innovationen sind enger mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedingungen verknüpft, als viele denken*, in: *ChangeX. Das unabhängige Online-Magazin für Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft* (www.changex.de/d_a01127.html).

Freyermuth, Gundolf (2002): *Die digitale Wanderung. Digitalisierung fördert transnationale Lebensentwürfe*, in: *c't* Heft 1.

Schirmmacher, Frank (2000): *1,6 Prozent Mensch*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

Schumacher, Ulrich (2003): *Wirtschaft in Echtzeit. Ein Essay über die Macht der Innovationszyklen*, in: *ChangeX, a.a.O.*, (www.changex.de/d_a00907.html).

Turek, Jürgen (2003): *Wie viel Staat braucht der Staat?*, in: *Trendbüro* (Hg.): *Trend 2004. Arbeit – Freizeit – Eigenzeit*, München/ Zürich.

Wansleben, Martin (2003), in: heute.t-online.de ([www.heute.t-online.de.ZDFheute/artikel/14/o,1367,Wirt-0-2058894,00.html](http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/14/o,1367,Wirt-0-2058894,00.html)).

Weidenfeld, Werner/Jürgen Turek (2002), *Wie Zukunft entsteht. Größere Risiken, weniger Sicherheit, neue Chancen*. München.